

## WdA im Januar

Weder Millionen von Arbeitslosen noch rechtsradikale Ausschreitungen rechtfertigen einen Vergleich mit den Jahren vor und nach 1933. Und doch rückt mit Blick auf die Gewerkschaftsgeschichte angesichts der 75. Wiederkehr von Hitlers so genannter Machtergreifung jetzt eine Erfahrung in den Vordergrund der Erinnerungen: Anpassung an die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und an deren Repräsentanten hat der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch nie etwas gebracht. Mit einem verfehlten gewerkschaftlichen Anpassungskurs, der dramatische Folgen hatte, befasst sich der „Blick zurück“ in dieser Ausgabe der *WdA*. Andere Berichte dokumentieren aktuelle Dauerthemen: Mindestlohn und Minijobs, bevorstehende Tarifrunden und fragwürdige Tariffähigkeit, Korruption und Klimawandel. Bei beiden der letztgenannten Themen konstatieren interessierte Bürger Widersprüche zwischen Wort und Tat. Und es drängt sich, wie zu lesen ist, die Frage auf: Wie ernst meint es die Bundesregierung, wenn sie behauptet, beidem, Korruption und Klimawandel, Einhalt gebieten zu wollen?

### Die Themen im Einzelnen

Seite 1

**Tarifrunde 2008: Mehr muss her!**

Seite 2

**Arbeit muss sich lohnen:**

**Der Kampf um Mindestlöhne**

Seite 3

**Verlogene Klimapolitik**

Seite 4

**Konvention gegen Korruption, Kapitalismus pur**

Seite 5

**Nachrichten**

Seite 6

**Blick zurück: Mit kühlem Blut in den Untergang**

Seite 7

**Buchempfehlungen**

Seite 8

**Sind die christlichen Gewerkschaften überhaupt tariffähig?, Immer mehr Minijobber**

Seite 9

**Da capo : Mitternachtsspitzen, Pierre Bourdieu, Impressum**

## Tarifrunde 2008: Mehr muss her!

In den vergangenen Jahren haben sich die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen mit Almosen abgefunden. Die Nettolohnquote ist weiter gesunken, und der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist auch im Wirtschaftsaufschwung weiter zurückgegangen. Jetzt muss endlich gekämpft werden!

In den folgenden Wochen werden für Millionen Beschäftigte Lohn- und Gehaltserhöhungen verhandelt: Im öffentlichen Dienst, in der Chemie- und Stahlindustrie und in vielen weiteren Branchen. Notwendig ist eine aktive und beharrliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen durch die Belegschaften in den Betrieben und Verwaltungen. Es muss auch wieder engagiert versucht werden, solche Belegschaften in den Tarifikampf einzubeziehen, die sich in den vergangenen Jahren unfähig zurückgehalten haben.

Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse 2008 müssen über dem kostenneutralen Verteilungsspielraum aus Teuerungsrate und Produktivitätsanstieg liegen. Die abhängig Beschäftigten haben einen erheblichen Nachholbedarf bei ihren Einkommen. Mehrere Jahre hat es starke Reallohnverluste gegeben. Viele Preissteigerungen liegen deutlich über dem durchschnittlichen Preisanstieg. Die Verteuerung von Lebensmitteln, Strom und Öl ist eine deutlich spürbare Belastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erhöht ihre Erwartungen an den diesjährigen Tarifabschluss.

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst haben am 10. Januar begonnen (<http://www.streik.tv>). Ver.di und Beamtenbund fordern für die mehr als 1,7 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen eine lineare Entgelterhöhung von acht Prozent, mindestens 200 Euro. Die Auszubildenden sollen einen tabellenwirksamen Festbetrag von 120 Euro erhalten. Es wird eine verbindliche Regelung zur Übernahme von Auszubildenden verlangt. Die IG Metall fordert für die 85.000 Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen sowie für die 8.000 Beschäftigten der ostdeutschen Stahlindustrie acht Prozent höhere Einkommen bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 100 Euro steigen. Die Verhandlungen beginnen am 21. Januar. Für die 550.000 Beschäftigten in der chemischen Industrie beginnen die Tarifverhandlungen Ende Februar. Das Schwergewicht liegt auf einer Erhöhung der Entgelte zwischen 6,5 und 7 Prozent. Außerdem fordert die IG BCE einen Anschluss-tarifvertrag für das Abkommen „Zukunft durch Ausbildung“. Dritter Forderungsschwerpunkt ist der Abschluss eines Tarifvertrages über flexible Instrumente zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit. In einigen Branchen geht es derzeit auch um den Fortbestand der Flächentarifverträge, beispielsweise im Kfz-Handwerk und im Einzelhandel. Die Unternehmer verweigern Verhandlungen und wollen ihre Diktate durchsetzen.

Die Unternehmensverbände und ihre Propagandisten in Politik und Medien werden wieder alle Anstrengungen unternehmen, um die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Deshalb sind gewerkschaftliche Informationen, Aufklärung und Diskussionen mit den Beschäftigten für den Erfolg in den Auseinandersetzungen von entscheidender Bedeutung. Die Ergebnisse der Tarifikämpfe werden auch über die Zukunft der Gewerkschaften mitentscheiden. Das wissen die Gegner der Gewerkschaften allerdings auch.

Franz Kersjes

## Arbeit muss sich lohnen **Der Kampf um Mindestlöhne**

Gigantische Managergehälter und miserable Entlohnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Wie lange wollen sich die Beschäftigten mit ihren Gewerkschaften das noch gefallen lassen? Politiker und Journalisten bejubeln die sinkende Arbeitslosigkeit. Aber wo sind die Arbeitslosen geblieben? Sehr viele von ihnen haben heute weniger Geld als Hartz-IV-Abhängige zur Verfügung. Und so sind sie erneut auf staatliche Hilfe angewiesen. Immer mehr Menschen arbeiten zu Dumpinglöhnen und erhalten keinen bezahlten Urlaub und kein Geld bei Krankheit. Viele Unternehmer finden ständig neue Tricks zur Ausbeutung der Beschäftigten. Arbeitslose, die sich verzweifelt um bezahlte Arbeit bemühen, werden immer häufiger hemmungslos ausgeutzt. Jobcenter und Arbeitsämter schicken ihre „Kunden“ auch zu solchen Firmen, die aus „betriebswirtschaftlichen“ Gründen Arbeitnehmerrechte verweigern. Damit muss endlich Schluss sein!

### **Die große Mehrheit des Volkes verlangt Mindestlöhne**

In einer repräsentativen Umfrage von Infratest für die ARD haben sich über 80 Prozent der Bundesbürger für die Einführung von Mindestlöhnen ausgesprochen – rund 60 Prozent sogar für flächendeckende. Die Gewerkschaften fordern einen einheitlich für alle Branchen geltenden Mindestlohn. CDU/CSU und die Mehrzahl der Landesregierungen sind kategorisch dagegen. Auf der Klausurtagung der Bundesregierung Ende August in Meseberg haben sich Union und SPD darauf verständigt, neben den Postdiensten weitere Branchen in das Entsendegesetz einzubeziehen. Anträge der Tarifvertragsparteien sollen bis zum 31. März 2008 gestellt werden. Voraussetzung ist in jedem Fall eine bundesweit einheitliche Tarifstruktur und mindestens 50 Prozent der Beschäftigten in der Branche sollen tarifgebunden sein. Diese 50 Prozent sind aber nach der aktuellen Fassung des Entsendegesetzes nicht notwendig.

### **Branchenbezogene Mindestlöhne**

Das Entsendegesetz ermächtigt den Arbeitsminister, den jeweiligen Tarifvertrag durch Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich zu erklären. Er gilt dann für alle Beschäftigten der Branche, auch für die in nicht tarifgebundenen oder im Ausland ansässigen Unternehmen. Solche tariflichen Mindestlöhne gelten schon für das Bauhauptgewerbe (9 bis 12,50 Euro), das Maler- und Lackiererhandwerk (7,15 bis 10,73 Euro), das Abbruch- und Abwrackgewerbe (8,80 bis 11,60 Euro), das Dachdeckerhandwerk (10 Euro), das Elektrohandwerk (7,70 bis 9,20 Euro), die Briefzusteller (8 bis 9,80 Euro) und die Gebäudereiniger (7,87 West; 6,36 Ost). Als weitere Kandidaten hat das Arbeitsministerium folgende Branchen genannt: das Bewachungsgewerbe, den Einzelhandel, die Entsorgungswirtschaft, die Fleischverarbeitung, die Forstwirtschaft, die Friseure, das Hotel- und Gaststättengewerbe, den Landschafts- und Erwerbsgartenbau sowie die Zeitarbeit.

Zahlreiche Ökonomen sind inzwischen für einen gesetzlichen Mindestlohn. „Mindestlöhne sind ungefährlich, wenn sie niedrig sind“, meint der Präsident des Ifo-Instituts und Vertreter der Kapitalinteressen,

Hans-Werner Sinn. Und er weist auf die USA, wo der Mindestlohn bei ‚stolzen‘ vier Euro liegt. Kurz vor Inkrafttreten des Mindestlohns für Briefzusteller haben nun auch Unternehmer und ihre Verbandsvertreter eine Ausweitung auf weitere Branchen gefordert. Gestritten wird allerdings über die Höhe. Die Gewerkschaften fordern zurzeit 7,50 Euro als politische Zielmarke. Legt man allerdings die inzwischen angehobene Pfändungsfreigrenze zugrunde, müsste er 8,10 Euro betragen, machte unlängst die Hans-Böckler-Stiftung klar.

Auf eine Aktualisierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes aus dem Jahr 1952 hat sich die Bundesregierung verständigt. Demnach kann das Bundeskabinett durch Rechtsverordnung auf Vorschlag des Arbeitsministers auch in Branchen, die gar nicht oder unter 50 Prozent tarifgebunden sind, Mindestlöhne festlegen. Ein tarifloser Zustand reiche als Anwendungsvoraussetzung aus, heißt es im Beschluss der Koalitionsspitzen. Die Höhe des Mindestlohns sollen Fachausschüsse festlegen, die für die jeweiligen Branchen gebildet werden. Entscheiden soll ein Hauptausschuss. Einzelheiten regelt ein Gesetz, das demnächst vorgelegt wird.

Der DGB hat in einem Eckpunkte-Papier die gewerkschaftlichen Anforderungen an eine Novellierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vorgelegt. Danach sollen die Tarifparteien die Hauptakteure auf dem Weg zum Mindestlohn sein. Befürchtet wird, dass der Hauptausschuss mit konservativen Ökonomen besetzt wird und sich auf diese Weise zu einem „Blockadeinstrument“ entwickeln könnte.

*Franz Kersjes*

## **Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander**

Bundeskanzlerin Angela Merkel will das Klima retten. „Der Klimawandel ist vom Menschen verursacht und er beschleunigt sich. Er wird zu dramatischen Schäden führen, wenn wir nicht entschlossen handeln.“ Aber Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Dazu Rainer Baake, Deutsche Umwelthilfe: „Wir sind Weltmeister beim Formulieren von Zielen, aber wir spielen in der Kreisklasse, wenn es an die Umsetzung geht. Und die Kanzlerin hat bisher ihr Kabinett noch nicht auf das eingeschworen, was sie international versprochen hat.“

Im vergangenen Sommer hat die Bundesregierung umfangreiche Klimaziele beschlossen: Rund 30 Maßnahmen, darunter die Verminderung des Klima-Killers CO<sub>2</sub>, wurden zu Papier gebracht. Aber es geschieht nichts: Kein Tempolimit auf den Autobahnen. Keine Steuern auf Flugbenzin. Keine steuerliche Begünstigung der Bahn, um mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Aber deutlich mehr Verschmutzungszertifikate an die Fluglinien als der EU-Umweltausschuss vorge schlagen hat.

Deutsche Kraftwerke stoßen mehr CO<sub>2</sub> aus als die der europäischen Nachbarn. Eine neue internationale Datenbank enthüllt im Detail, wer wo auf der Welt wie viel Kohlendioxid erzeugt. In Europa liegt Deutschland vorn, nicht nur, was die absolute Menge an emittiertem CO<sub>2</sub> angeht, sondern auch bei den Top Ten der klimaschädlichsten Kraftwerke: Die zwei größten CO<sub>2</sub>-Dreckschleudern stehen im nordrhein-westfälischen Niederaußem und in Jänschwalde in Brandenburg.

## **Verlogene Klimapolitik**

Auch die deutschen Autohersteller sind führend bei der Umweltverschmutzung. Der durchschnittliche Kohlendioxid-Ausstoß deutscher Neuwagen hat sogar leicht zugenommen, schreibt der Brüsseler Umweltverband T&E in einer Studie. Im Jahr 2006 auf den Markt gebrachte deutsche Neufahrzeuge bliesen je gefahrenem Kilometer im Schnitt 173 Gramm klimaschädliches CO<sub>2</sub> in die Luft. Im Jahr zuvor waren es durchschnittlich 172 Gramm, heißt es bei T&E unter Berufung auf offizielle EU-Statistiken.

### **Autos produzieren mehr CO<sub>2</sub> als angegeben**

Die meisten Autos schaden dem Klima weit mehr als offiziell angegeben wird. Ein Wagen, der mit 100 Gramm Kohlendioxid veranschlagt werde, verursache stattdessen bis zu 160 Gramm, sagte der Energiefachmann Hans-Jochen Luhmann. Der Experte vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie forderte die Bundesregierung auf, dies bei der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer nach Kohlendioxid-Ausstoß zu berücksichtigen. Offizielle Angaben der Autohersteller zu Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß stimmen häufig nicht mit dem tatsächlichen Verbrauch der Autos überein. Experten bemängeln, dass die Hersteller bei den Tests tricksen und manipulieren. So stellte der TÜV Nord im Jahr 2005 in einer Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes fest, „dass die Fahrzeughersteller zum Typgenehmigungsverfahren ein optimal eingestelltes Fahrzeug benutzen“. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen seien im realen Verkehr aber 15 bis 20 Prozent höher als beim Zyklus für die Typgenehmigung.

### **Widerstand gegen EU-Autopläne**

Nun will die Europäische Union den Ausstoß von Treibhausgas bei neuen Autos ab 2012 deutlich senken. Die Kommission beschloss dazu den schon im Vorfeld heftig umstrittenen Entwurf für ein Gesetz, nach dem Neuwagen im Durchschnitt nur noch 120 Gramm Kohlendioxid je Kilometer an die Umwelt abgeben dürfen. Vorgesehen sind dann gestaffelte Strafen, wenn Hersteller den Grenzwert im Schnitt überschreiten. Die Strafe beginnt mit 20 Euro je Gramm CO<sub>2</sub> über dem Grenzwert und steigt bis auf 95 Euro im Jahr 2015.

Regelrecht empört reagierten die deutsche Autoindustrie und die Bundeskanzlerin. Der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Matthias Pissmann, erklärte: „Ein solcher Vorschlag wird das EU-Parlament und den Ministerrat nicht überstehen.“ Bundesregierung, Gewerkschaften und Industrie seien sich in dieser Einschätzung einig. Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas warf den deutschen Autoherstellern allerdings vor, ihre Hausaufgaben im Klimaschutz nicht gemacht zu haben. „Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission kam nur zustande, weil die europäischen Produzenten ihre Zusagen von 1999 zur freiwilligen Einsparung von Kohlendioxid nicht eingehalten haben. Die deutschen Hersteller hatten lange genug Zeit, sich den neuen technologischen Herausforderungen und Markterfordernissen zu stellen“, sagte Dimas. Die Autos können infolge der neuen Klimaschutzregeln zwar durchschnittlich um 1.300 Euro teurer werden, sie brauchen aber gleichzeitig auch weniger Sprit.

## Konvention gegen Korruption

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. So steht es im Grundgesetz. Nur die Abgeordneten in deutschen Parlamenten sind „etwas gleicher“, denn sie machen ihre Gesetze selbst. Wenn sich Abgeordnete bestechen lassen, dann machen sie sich nicht unbedingt strafbar. Die Hand heben und dann die Hand aufhalten ist nicht gegen das Gesetz. Die einzige Ausnahme ist der direkte Stimmenkauf. Aber dafür ist noch niemand verurteilt worden. Mancher Abgeordnete wehrt sich auch beharrlich, bei der Bestechlichkeit mit Staatsbediensteten gleich gestellt zu werden. Einladungen zum Essen, Gratisreisen, Nebenverdienste, Beraterhonorare – bei Beamten verboten, für viele „Volksvertreter“ offenbar kein Problem.

Im Jahr 2001 wurde die Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption („UNCAC“) verabschiedet und von Deutschland im Jahr 2003 unterzeichnet – bis heute aber nicht ratifiziert. Voraussetzung der Ratifizierung ist die Neufassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB). Auf dieses Versäumnis der fehlenden Neufassung hat die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen. Während der § 108 e StGB bei der Abgeordnetenbestechung lediglich den direkten Stimmenkauf erfasst, verlangt die UNCAC, dass „einem Amtsträger weder mittelbar noch unmittelbar ein ungerechtfertigter Vorteil für diesen selbst oder für eine andere Person oder Stelle versprochen, angeboten oder gewährt werden darf, damit der Amtsträger in Ausübung seiner Dienstpflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt“. Dabei fallen Abgeordnete unter die „Amtsträger-Definition“ der UN-Konvention.

Der Bundesgerichtshof hatte bereits 2006 in seinem Urteil zur Amtsträgerschaft der kommunalen Ratsmitglieder eine gesetzliche Neuregelung des § 108e StGB für nötig erachtet (BGH 5 StR 453/05). Im Schlussdokument des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 7. Juni 2007 haben sich Deutschland als Gastgeber und die beteiligten Nationen ausdrücklich zu den internationalen Übereinkünften gegen Korruption bekannt und an erster Stelle eines Maßnahmenkatalogs die Ratifizierung der UN-Konvention zugesichert. „Wir können nicht verstehen, dass sich Deutschland weiterhin die Blöße gibt, durch fehlende Ratifizierung bei dem internationalen Kampf gegen Korruption nur am Rande zu stehen“, sagte Sylvia Schenk, stellvertretende Vorsitzende von Transparency Deutschland.

Die im deutschen Recht verankerte unterschiedliche verfassungsrechtliche Stellung von Abgeordneten und Amtsträgern macht eine Übernahme der Konvention in das deutsche Recht nicht einfach. Eine nunmehr vier Jahre dauernde Untätigkeit lässt sich damit aber kaum rechtfertigen. Deshalb fordert Transparency Deutschland, endlich die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen einzuleiten. Dabei könnten strafrechtliche Normen mit Verhaltensregeln für Abgeordnete bei Interessenkonflikten und der Definition von „sozialadäquaten geldwerten Zuwendungen“ kombiniert werden. Wie auch verfahren wird – entscheidend ist, den Anforderungen der UN-Konvention Genüge zu tun und das Vertrauen der Menschen in die Unabhängigkeit der Mandatsausübung wieder herzustellen. Es ist angesichts steigender öffentlicher Sensibilität für Interessenkonflikte auch im Sinn der Abgeordneten und des Parlaments selbst, klare Regelungen für den Umgang mit Vorteilsnahmen zu schaffen.

## Kapitalismus pur

**Firmenübernahmen:** Viele Firmen haben 2007 die Eigentümer zumindest teilweise gewechselt. Sowohl die Zahl der Transaktionen als auch das Volumen, also die gezahlten Preise, erreichten nach einem Bericht der FAZ einen Rekordwert. Demnach zählte das auf mittelständische Übernahmen spezialisierte Beratungsunternehmen M&A International im vergangenen Jahr 1099 veröffentlichte Übernahmen mit deutscher Beteiligung. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 11 Prozent. Das Transaktionsvolumen, also die Summe der dafür gezahlten Preise, wird auf 180 Milliarden Euro geschätzt - eine Zunahme von 20 Prozent.

**Manager in U-Haft:** Die Zahl der Ermittlungen von Staatsanwaltschaften gegen Führungskräfte in Unternehmen nimmt zu. Managern, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten und entweder im In- oder Ausland in Untersuchungshaft kommen, bietet die Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG ein U-Haft-Paket an. Die Leistungen umfassen die Benachrichtigung der Firma, der Familie sowie der Deutschen Botschaft. Bei Bedarf liefert der Versicherer Medikamente, besorgt einen Anwalt und zahlt ein Tagegeld für den Haftaufenthalt. Das Paket kann zusätzlich zu einer Strafrechtsschutzversicherung von Unternehmen abgeschlossen werden. Zahlreiche Staatsanwaltschaften haben inzwischen einen Schwerpunkt auf die zunehmenden Fälle von Wirtschaftskriminalität gelegt.

## Mehr Ausbeutung der Beschäftigten

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat gemeinsam mit seinen Kollegen aus Großbritannien und mehreren osteuropäischen Staaten die Festlegung einer europaweiten Obergrenze von 48 Wochenarbeitsstunden verhindert. Obwohl der Kompromissvorschlag der EU-Ratspräsidentschaft weit reichende Zugeständnisse für nationale Regelungen bis zu 60 Wochenstunden vorsieht, musste die Entscheidung über eine gemeinsame Arbeitszeit-Höchstgrenze in Europa Anfang Dezember vertagt werden. Die deutsche Bundesregierung will entweder eine Wochenarbeitszeit bis zu 65 Stunden oder die Möglichkeit erhalten, in einzelnen Branchen über die 60 Stunden hinaus zu gehen.

Auch die Verbesserung der Rechte von Leiharbeitnehmern wird von Deutschland und Großbritannien blockiert. Sie sperren sich gegen den Vorschlag, den von Zeitarbeitsfirmen in Unternehmen entsandten Beschäftigten von vornherein die gleichen Rechte zu gewähren wie den jeweiligen Stammebelegschaften. Mindestens in den ersten sechs Monaten sollte es nach Auffassung der deutschen Bundesregierung möglich bleiben, Leiharbeitnehmer/innen schlechter zu bezahlen und länger arbeiten zu lassen. Sonst entfällt für die Unternehmen der Anreiz, sie überhaupt zu beschäftigen.

## Zug der Erinnerung

Das deutsche Verkehrsministerium weigert sich, das Gedenken an die Opfer der „Reichsbahn“-Deportationen im „Zug der Erinnerung“ finanziell zu unterstützen (s. *WdA Nr. 44, Seite 7*). Gleichzeitig verlangt die Deutsche Bahn AG von den Organisatoren der Zugausstellung Trassengebühren und erhebliche Standgelder. Gefordert werden mehrere zehntausend Euro, um Fotos und letzte Briefe der Deportierten in den deutschen Bahnhöfen zeigen zu dürfen. Einen Verzicht auf dieses Geld hat das Bahn-Management abgelehnt. Die Weigerung führt zu heftigen Reaktionen der Ausstellungsbesucher, die in unerwartet hoher Zahl in den „Zug der Erinnerung“ strömen. Um den Anfragen aus sämtlichen Bundesländern nachzukommen, müsste die ursprünglich geplante Fahrstrecke verdoppelt werden. Eine Beteiligung an den entsprechenden Kosten lehnt Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) ab. <http://www.zug-der-erinnerung.eu/>

## Manager verteidigen Korruption

Korruptionsskandale lassen deutsche Manager vielfach kalt. Sie pochen auf Gewohnheitsrechte und sehen Nachteile für gesetzestreue Firmen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Befragung der auf Führungskräfte spezialisierten Münchner Personalberatung CGC. Dabei hätte spätestens die Siemens-Affäre alle Alarmglocken läuten lassen müssen. Die Befragung fand nach Bekanntwerden schwarzer Kassen im Umfang von bislang 1,3 Milliarden Euro statt.

Die Antworten in der CGC-Untersuchung sind bemerkenswert. Demnach halten 56 Prozent aller deutschen Manager die Berichterstattung in den Medien für imageschädlicher als die Korruption selbst. Die Hälfte aller Führungskräfte ist zudem weiterhin der Meinung, dass Korruption speziell im Ausland ein Mittel zum Zweck im Kampf um Aufträge ist. 44 Prozent sehen ohne Schmiergeld für gesetzestreue Firmen

Nachteile im Konkurrenzkampf. Fast ein Fünftel der Befragten sieht sogar Angebotsabsprachen bei Ausschreibungen als legitim an.

(nach *Frankfurter Rundschau* vom 29.12.2007)

## Immer mehr Rüstungsexporte

Die beiden großen christlichen Kirchen werfen der Bundesregierung den Bruch von EU-Standards zur Ausfuhr von Kriegswaffen vor. Mit der Genehmigung umfangreicher Lieferungen von Militärgütern in Spannungsgebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden, verstoße die Große Koalition gegen einen EU-Verhaltenskodex aus dem Jahr 1998, erklärten Vertreter der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) anlässlich der Vorstellung ihres diesjährigen Rüstungsexportberichts.

Der GKKE zufolge haben die Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2006 den Rekordwert von rund 7,7 Milliarden Euro und damit die Spitzenposition in ganz Europa erreicht. „Ungeachtet aller Schwankungen auf dem Weltrüstungsmarkt entwickelt sich der deutsche Rüstungsexport stetig aufwärts“, resümiert die GKKE.

Die Lieferung deutscher Militärgüter an Armutsstaaten hat sich in den vergangenen vier Jahren sogar vervierfacht! Und die Bundesregierung bemüht sich weiter um weltweite Aufrüstung. Erst vor wenigen Wochen hat das Bundesverteidigungsministerium in einer „Erklärung zu nationalen wehrtechnischen Kernfähigkeiten“ zugesagt, die Ausfuhr deutscher Kriegswaffen in Zukunft noch intensiver als bisher zu fördern.

<http://www.german-foreign-policy.com>

**Blick zurück:**  
**Mit kühlem Blut in den Untergang**

30. Januar 2008 - ein trauriges Jubiläum: 75 Jahre nach des Reichspräsidenten Machtübertragung an Hitler und die Nazi-Partei. Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), verkündete einen Tag später: „Organisation, nicht Demonstration: Das ist die Parole der Stunde.“ Dabei berief sich die Führung des ADGB ausdrücklich auf die „reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, dass er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde“. Tatsächlich war unter den damaligen Gegebenheiten das beharrliche Festhalten an der Organisation bereits widerständiges Verhalten.

#### **Führung gegen Generalstreik**

Es wurde in jenen Tagen aber auch an die Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder appelliert: Zwar standen die „Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft auf dem Spiel“; aber: „Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot.“ Vor „voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen“ wurde in der Gewerkschaftszeitung ausdrücklich gewarnt; und ein Generalstreik kam erst recht nicht in Betracht. Peter Grassmann, stellvertretender ADGB-Vorsitzender, erklärte im Februar 33 vor der Eisernen Front: „Der Generalstreik ist eine furchtbare Waffe nicht nur für den Gegner; ihn veranlassen und verantworten kann man nur, wenn es gar nicht anders geht, wenn es sich um Leben und Sterben der Arbeiterklasse handelt.“ Aber gerade darum handelte es sich spätestens nach dem 30. Januar 1933! Doch die Führung der freien Gewerkschaften setzte ihren Anpassungskurs fort in der irrigen Hoffnung, die Organisation zu retten.

#### **Der Kampfbefehl blieb aus**

Viele Gewerkschafter ‚an der Basis‘ waren anderer Überzeugung als ihre Spitze. Sie standen schwer bewaffnet rund um die Uhr in den Gewerkschaftshäusern der Industriezentren bereit, um für die Rettung der Republik zu kämpfen. „Mit Tränen der Wut und der Trauer in den Augen erfuhren sie... aus Berlin, dass der Befehl zum Losschlagen nicht gegeben wurde.“ So berichteten (nach Gerhard Beier) Gewerkschaftsveteranen bei einer Befragung Ende der Siebzigerjahre. Doch die Führung des ADGB befand damals: „Dass die deutsche Arbeiterschaft... sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich aber sachlich falsch“ (Gewerkschafts-Zeitung v. 4.2.33).

Die ADGB-Spitze setzte ihre Politik des „kühlen Blutes“ sogar nach dem Reichstagsbrand (27.2.33) noch fort. Man hoffte auf das Votum der Wähler bei der Reichstagswahl am 5. März. Doch das wurde kein Massenbekenntnis für die Demokratie. Zwar verfehlte die Nazi-Partei die absolute Mehrheit; aber sie hatte mächtige Zugewinne. Und erst jetzt setzte sich bei den Gewerkschaften die Erkenntnis durch, dass das NS-Regime kein Zwischenspiel, sondern von einiger Dauer sein werde. Noch im Monat dieser März-Wahl, die für die Dauer von zwölf

Jahren formal die letzte freie war, erreichte der Terror gegen die Freien Gewerkschaften mit Gewalttaten durch SA-Trupps einen ersten schrecklichen Höhepunkt. Die Beschwerden der Gewerkschaften beim Reichspräsidenten wurden jedoch verbunden mit Bereitschaftsbekundungen zur Zusammenarbeit mit der Regierung, sofern diese die gewalttätigen Trupps der Nazis an weiteren Aktionen hindere. Der Anpassungskurs der Gewerkschaften näherte sich immer mehr ihrer Selbstaufgabe. Dabei hat sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung der Solidarität ausländischer Gewerkschaften frühzeitig sicher sein können.

#### **Internationale Solidarität**

Vor allem die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) unter ihrem Vorsitzenden Edo Fimmen war zum Engagement gegen den Nationalsozialismus bereit, und zwar schon seit 1924, als der italienische Sozialist und erbitterte Antifaschist Giacomo Matteotti von seinen italo-faschistischen politischen Gegnern ermordet wurde. Doch erst im Februar 1933 kam endlich ein Gespräch zwischen ITF und Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) sowie Führern der deutschen Gewerkschaften zustande. Obwohl Hitler zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als zwei Wochen Reichskanzler war, bot die ITF den deutschen Gewerkschaften weiter ihre Unterstützung im Kampf gegen den Nationalsozialismus an. In einem Bericht der ITF heißt es dazu: „Es war vergeblich. Die Vertreter der deutschen Organisationen legten auf diese Hilfe keinen Wert.“ Trotzdem war die ITF später ein wichtiger Unterstützer im gewerkschaftlichen Widerstand.

*Antje Dertinger*

## Buchempfehlungen

**Rüdiger Liedtke**

### **Wir privatisieren uns zu Tode**

#### **Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft**

Deutschland befindet sich im Privatisierungsrausch: Krankenhäuser, Post, Bahn, Elektrizitätswerke, Sozialwohnungen – alles muss raus. Nur ein schlanker Staat, heißt es in der neoliberalen Logik, ist ein guter Staat, und es gibt nichts, was die Privaten nicht besser könnten. Was sich das Gemeinwesen über Generationen mit Steuergeldern aufgebaut hat, wird von der Politik für schnelles Geld verkauft. Das „Tafelsilber“ wird verscherbelt, um Haushaltslöcher zu stopfen. Fundamentale Aufgabenbereiche der Daseinsfürsorge werden an private Investoren losgeschlagen, die angeblich alles billiger und vor allem besser können: bürgernah sein, wirtschaftlich agieren und effizienter entscheiden. Rüdiger Liedtke zeigt in seinem sehr empfehlenswerten Buch, wie weit die Privatisierungswelle geht – und warum das nicht gut gehen kann.

Eichborn Verlag, 264 Seiten, 16,95 €

**Thilo Bode**

### **Abgespeist**

#### **Wie wir beim Essen betrogen werden und was wir dagegen tun können**

Das neue Buch von Thilo Bode schildert die empörenden Zustände auf dem Lebensmittelmarkt: Gift im Essen ist legal, Verbraucher werden systematisch betrogen. Sein Appell: Verbraucher müssen sich zusammenschließen und gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.

Immer wieder taucht Gammelfleisch auf. Lebensmittel enthalten zu viele Pestizide, Dioxine oder Uran. Und die Verbraucher dürfen nicht wissen, welche Produkte betroffen sind. Stattdessen geben Politik und Industrie ihnen die Schuld an dem Dilemma. Ihre „Geiz ist geil“-Mentalität lasse die Qualität und die Sicherheit der Lebensmittel sinken, heißt es. In seinem aktuellen Buch zeigt Thilo Bode die wirklichen Ursachen: Das Problem sind nicht die geizigen Verbraucher, sondern der Fehler liegt im System. Die Politik muss die Spielregeln ändern. Handel und Hersteller müssen ehrlich draufschreiben, was drin ist. Und es muss drin sein, was drauf steht. Und die Ergebnisse der Kontrollen müssen veröffentlicht werden!

S. Fischer Verlag, 253 Seiten, 14,90 €

**Gerhard Bäcker/Gerhard Naegele/Reinhard Bispinck**

**Klaus Hofemann/Jennifer Neubauer**

### **Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland**

Soeben ist die 4. Auflage im VS-Verlag erschienen. Es ist eine Kooperation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des WSI sowie der Universitäten Duisburg-Essen und Dortmund entstanden. Die beiden Bände sind grundlegend überarbeitet, aktualisiert und

erweitert worden; sie geben in neun Kapiteln umfassende Informationen zum Gesamtbereich der Sozialpolitik.

VS-Verlag

Band 1 622 Seiten, 34,90 €

Band 2 616 Seiten, 34,90 €

**Jürgen Glaubitz**

### **Profit statt Moral**

Das Buch zeigt, was den „Faktor“ Arbeit schwächt und was das Kapital so stark macht. Unternehmenspolitik ist nicht mehr auf längerfristige Ziele ausgerichtet, sondern auf das schnelle Geld. Menschen gelten nur noch als Kostenfaktor. Top-Manager agieren im Interesse der Kapitaleigner und werden für ihr – oftmals radikales – Handeln fürstlich entlohnt. Für Moral scheint kein Platz mehr zu sein. Soziale Verantwortung: Fehlanzeige.

*Profit statt Moral* zeigt, dass Einkommen und Vermögen immer mehr auseinanderdriften. Der kleinen Schicht Superreicher steht eine wachsende Zahl armer Menschen gegenüber. Während die einen nicht wissen, wohin mit dem vielen Geld, bleiben für ein Kind in einer Hartz-IV-Familie 2,55 Euro fürs tägliche Essen.

*Profit statt Moral* zeigt, wer in der Wirtschaft die Strippen zieht. Das Buch liefert Daten, Fakten und Argumente für alle, die nicht wollen, dass soziale Verantwortung unter die Räder kommt. Das Buch ist eine profunde Quelle für Betriebsräte, Vertrauensleute, für Gewerkschaftssekretärinnen und –sekretäre sowie für alle übrigen, die sich für die Verhältnisse in diesem Land interessieren.

ver.di Bildung + Beratung Gemeinnützige GmbH, Düsseldorf  
182 Seiten, 13 €

## Sind die christlichen Gewerkschaften überhaupt tariffähig?

Hunderttausende Leiharbeiter/innen in Deutschland werden nach möglicherweise ungültigen Tarifverträgen bezahlt. Das berichtete das Politikmagazin *Report Mainz* Anfang Dezember in der ARD. Betroffen sind Leiharbeiter/innen, deren Arbeitgeber einen Haus- oder Flächentarifvertrag der >Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit und Personalserviceagenturen< (PSA) anwenden.

Der Arbeitsrechtler und Leiharbeitsexperte Professor Peter Schüren kommt in einer aktuellen Studie zu dem Ergebnis: „Die Arbeitsgerichte in Deutschland bezweifeln seit 2003 nahezu ausnahmslos die Tariffähigkeit der >Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und

Personalserviceagenturen <.“

In dem Fernsehmagazin stellt Schüren fest, dass die Tarifverträge der Tarifgemeinschaft wohl nicht im Interesse der Beschäftigten ausgehandelt wurden. „Unter dem Deckmantel eines Tarifvertrages wird ein Billigstlohn realisiert, mehr nicht. Eine solche Vergütung kann eigentlich nur dann entstehen, wenn Arbeitgebertrüme auf der Stelle erfüllt werden“, so Schüren.

Erstmals hat er alle Arbeitsgerichte danach abgefragt, wie Gerichtsverfahren enden, wenn Leiharbeiter/innen die Tariffähigkeit der >Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA< in Frage stellten und gleichen Lohn wie die Stammbes-

legschaft forderten. Laut Studie wurde nur eine einzige Klage eines Leiharbeitnehmers abgewiesen. In 84 Prozent der Fälle endeten die Verfahren mit einem Vergleich; die restlichen Verfahren wurden ausgesetzt oder sind noch nicht entschieden. Dazu sagte Schüren: „Wer heute als Leiharbeiter/innen mit der Aussage, ich bin mit einem christlichen Tarifvertrag um meine gesetzlichen Ansprüche geprellt worden, vors Arbeitsgericht zieht, wird, selbst wenn er sich nur vergleicht, deutlich mehr bekommen, als er vorher gehabt hat.“

Die Gewerkschaften im DGB und auch Arbeitgeber werfen den christlichen Gewerkschaften vor, geltende Tarifverträge für Zeitarbeit zu unterbieten. Das Arbeitsgericht Berlin wird nun in einem Statusverfahren am 5. Februar 2008 über die Tariffähigkeit der Christlichen Gewerkschaften entscheiden.

### Neue Rheinische Zeitung

Es gibt Ausbeutung, es gibt Elend, es gibt Arbeitslosigkeit, es gibt Krieg. Die Alltagserfahrung heißt: Sozialdemontage und Grundrechteabbau, Verteilung des Reichtums von unten nach oben. Durch den schleichenden Verlust der Meinungs- und Informationsfreiheit aufgrund der fortschreitenden Medienkonzentration erfahren wir davon zu wenig. Auch in den öffentlich-rechtlichen Medien dominiert die Anpassung an den Mainstream. Die NRhZ ist eine kostenlos, wöchentlich erscheinende Online-Zeitung, nach deren Selbstauskunft in der Berichterstattung andere Akzente gesetzt werden: demokratisch, emanzipatorisch, überparteilich und aufklärend. Dazu gehören Nachrichten, die man woanders kaum findet.

<http://www.nrhz.de>

## Immer mehr Minijobber

Immer mehr Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen müssen Nebenjobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Privathaushalten und Unternehmen ist im dritten Quartal des vergangenen Jahres um 240.000 auf 6,6 Millionen gestiegen. Das sind 2,6 Millionen mehr als im Jahr 2000.

Besonders viele Minijobber arbeiten bei der Gebäudereinigung, im Gesundheitswesen, in Hotels und Gaststätten und im Einzelhandel. 90 Prozent davon sind Deutsche, die meisten älter als 40 Jahre, viele bereits im Rentenalter. Der Anteil der Frauen hat Ende September 2007 bei knapp 64 Prozent gelegen.

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gibt es die meisten Minijob-

ber in Bremen, gefolgt von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die niedrigsten Anteile weisen Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auf.

Als Minijob gilt ein Beschäftigungsverhältnis mit maximal 400 Euro als regelmäßiges Monatsentgelt. Diese Jobs sind für Arbeitnehmer abgabenfrei. Unternehmer zahlen pauschal 30 Prozent Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Sie setzen sich zusammen aus: 15 Prozent Rentenversicherung, 13 Prozent Krankenversicherung, 2 Prozent Steuern. Die Zeitgrenze von weniger als 15 Wochenstunden gibt es nicht mehr. Auch für den Stundenlohn gibt es keine Grenze. Wer mit mehreren Minijobs mehr als 400 Euro verdient, wird versicherungspflichtig.



**Da machen wir uns mal `nen schönen Abend!**

## **Da Capo: Mitternachtsspitzen**

Sie ist wahrscheinlich die beliebteste Kabarett-Sendung der Republik. Seit 1992 machen sich Jürgen Becker, Wilfried Schmickler und Uwe Lyko alias Herbert Knebel mit ihrem Publikum in den >Mitternachtsspitzen< im Alten Wartesaal unter dem Kölner Hauptbahnhof monatlich einen schönen Abend. Sie gehören zum Stammpersonal in der vergnüglichen, zeitkritischen WDR-Fernsehsendung.

Jürgen Becker, 1959 in Köln geboren, hat auf kölsche Art Karriere gemacht. Auf dem Gymnasium zweimal sitzengeblieben und anschließend von der Schule geflogen. Dann Realschulabschluss und Ausbildung zum grafischen Zeichner bei 4711 in Köln. Es folgten: Zweiter Bildungsweg, Fachhochschulstudium „Sozialarbeit“ mit Abschluss und Gründung einer Druckerei. Von 1984 bis 1995 als „Irokesen-Heinz“ war er „Präsident“ der legendären Kölner „Stunksitzung“, der Alternative zum traditionellen Kölner Karneval. Seit 1991 ist er als Solokabarettist zwischen Sylt und München unterwegs. Seine bekanntesten Programme waren bislang: „Biotop für Bekloppte“ und seit 1998 „Da wissen Sie mehr als Ich“, ein politisches Soloprogramm zum „Mysterium des Rheinischen Kapitalismus“.

Seit Anfang 1996 gehört Herbert Knebel, der schrullige Frührentner aus dem Ruhrgebiet mit dicker Hornbrille, Helmut-Schmidt-Mütze und Jacke aus der Altkleidersammlung, zur Stammbesetzung der >Mitternachtsspitzen<. Wenige Auftritte genügten, um ihn zu einem der Publikumsliebliche zu machen. 1988 erfand der gelernte Fernmeldemechaniker den grantigen alten Nörgler. Damals hatte er seinen Beruf bereits an den Nagel gehängt, tingelte mit Helge Schneider durchs Revier und gründete „Herbert Knebels Affentheater“.

Keine >Mitternachtsspitzen< ohne die Rausschmeißer-Nummer von Wilfried Schmickler. Im Mai 1992 trat der „Leverkusener Werks-Kabarettist“ und Berufs-Choleriker zusammen mit dem „3Gestirn Köln eins“ in der Premierensendung auf und durfte anschließend zum ersten Mal mit der inzwischen legendären Aufforderung „Aufhören, Herr Becker, sofort aufhören“ die Sendung beenden. Nicht jedoch, ohne sich atemlos und mit der für ihn typischen Stakkato-Sprache einem Thema zu widmen, das ihn „gerade am Arm packt“.

\* \* \* \*

*„Wir sind rundum von Politik umgeben. Wir baden in der immer gleichen und wechselnden Flut des täglichen Geschwätzes über die Chancen und Verdienste untereinander austauschbarer Kandidaten. Wir haben keinen Bedarf für die Leitartikel der Tages- und Wochenzeitungen oder ihre Analysen, die in Wahlzeiten aufblühen und dann, nach kurzem Aufenthalt in der Bestsellerliste, als Futter für Ideenhistoriker zu den vergilbten Sammlungen der Antiquare wandern: Ihre Autoren bieten uns auf allen Kanälen und in allen Sendern ‚Gedanken‘, die nur deswegen so mühelos aufgenommen werden, weil es sich um ‚Gemeinplätze‘ handelt.“*

Pierre Bourdieu  
(1930-2002)

## **Welt der Arbeit**

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich  
für den Inhalt:  
Franz Kersjes  
Abendrothstr. 5, 50769 Köln  
Telefon: 0171 – 5 26 65 35  
Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach  
Bedarf kostenlos online und auf  
der Website  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck gegen Übermittlung  
von Belegen erwünscht. – Beiträ-  
ge von Gastautoren stellen nicht  
in jedem Fall die Meinung des  
Herausgebers dar.

Empfehlungen:

<http://www.nachdenkseiten.de>  
<http://www.labournet.de>  
<http://www.einblick.dgb.de>  
<http://www.verdi.de>  
<http://www.igmetall.de>  
<http://www.wissentransfer.info>  
<http://www.erwerbslose.de>  
<http://www.attac.de>  
Neue Rheinische Zeitung  
<http://www.nrhz.de>

## **Institut für Bildung, Medien und Kunst**

**im Heinrich-Hansen-Haus**  
Teutoburger-Wald-Straße 105  
32791 Lage-Hörste  
Telefon: 0 52 32 / 9830  
Mail: [bst.imk@verdi.de](mailto:bst.imk@verdi.de)  
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

## **Streik.TV**

### **Die Sendung zur Arbeit**

Mit einem neuen Fernsehformat im Internet will ver.di die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst begleiten. Ein Team aus erfahrenen Fernsehleuten reagiert tagesaktuell auf die neuesten Entwicklungen mit Nachrichten, Reportagen und Hintergrundberichten. In einem Forum können Kommentare zu einzelnen Sendungen verfasst werden.  
<http://www.streik.tv>